



## Protokoll der 17. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. Mai 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglied Anna Ott

### Traktanden

### Laufnummer

Traktandenliste:

*://: Die Beantwortung des Postulates Nr. 2011/196 (Schiessanlage Sichtern) wird als 4. Traktandum und die Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/123 (Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung) als 5. Traktandum behandelt.*

- |    |   |                         |
|----|---|-------------------------|
| 1. | Wahl der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) für die restliche Amtsperiode vom 01.07.2014 - 30.06.2016; Aufhebung der Spezialkommission „Schulraumplanung“ per 30.06.2014<br><i>://: Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der SBK für die Amtsperiode vom 01.07.2014 - 30.06.2016 werden gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen einstimmig gewählt.</i> | 2014/125                |
| 2. | Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen<br><i>://: Wahl von Werner Fischer (FDP) als Ersatzmitglied des Einwohnerratsbüros und von Bruno Imsand (FDP) anstelle des zurückgetretenen Lorenz Rudin (FDP) als Ersatzmitglied in die BPK.</i>  | 2014/126                |
| 3. | Kasinobrücke - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Bruttokredit von TCHF 980 für die Instandsetzung der Kasinobrücke<br><i>://: Einstimmig wird dem Bruttokredit von TCHF 980 für die Instandsetzung der Kasinobrücke zugestimmt.</i>  | 2014/119<br>2014/119a   |
| 4. | Schiessanlage Sichtern - Bericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion<br><i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme Kenntnis genommen.<br/>://: Die Abschreibung des Postulates wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.</i>                                     | 2011/196<br>2011/196a-b |
| 5. | Sozialberatung-Abteilung - Beantwortung der Interpellation von Patrick Mägli der SP-Fraktion betreffend Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2014/123                |
| 6. | Altersgerechte Turnhalle - Bericht Stadtrat zum Postulat von Thomas Eugster der FDP-Fraktion betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses   | 2013/94<br>2013/94a     |

*://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und der Abschreibung des Postulates zugestimmt.*

- |    |  |          |
|----|--|----------|
| 7. | Umsetzung HarmoS - Beantwortung der Interpellation von Marianne Quensel namens der SP-Fraktion betreffend Umsetzung HarmoS<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>  | 2014/121 |
| 8. | Schulsozialarbeit - Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule<br><i>://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i>   | 2014/122 |
| 9. | Fussgängerzone - Motion von Peter Küng der SP-Fraktion betreffend Fussgängerzone in Stadtkern<br><i>://: In der namentlichen Abstimmung sprechen sich bei 1 Enthaltung 19 Ratsmitglieder für und 19 Ratsmitglieder gegen eine Überweisung der Motion aus. Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird die Motion an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2014/124 |

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur zweitletzten Sitzung des Amtsjahres 2013/2014.

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Als neues Ratsmitglied darf speziell Bruno Imsand der FDP-Fraktion begrüsst werden, welcher als Nachrückender von Lorenz Rudin (FDP) seit 01. Mai 2014 im Amt ist.  
FDP-Fraktionspräsident Werner Fischer stellt das neue Ratsmitglied kurz vor: Herr Bruno Imsand ist 1958 in Basel geboren, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. Die Schulen hatte er in Lausen und Liestal besucht. Vor seinem Zuzug nach Liestal war er auch Gemeinderat in Niederdorf. Im Militär bekleidete er den Rang eines Majors. Er ist Stiftungsratspräsident der Kettiger-Stiftung und ist unter anderem auch noch für kurze Zeit Beirat der Waldenburgerbahn AG.
- Ratskollege Jürg Holinger (GL) hat mit Schreiben vom 14. Mai 2014 seinen Rücktritt per 30. Juni 2014 erklärt, welches verlesen wird. Die Verabschiedung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, den Rückmeldetalon betreffend dem diesjährigen Amtsjahrschlussessen vom 25.06.2014 dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Sitzung abzugeben.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- Neue Vorstösse, Vorlagen Nr. 2014/127 - Nr. 2014/128

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Postulat betreffend Prüfung neuer Gewerbezone „Untere Wanne“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2014/127)
- Postulat „Verkehrsordnung im Stedtli durchsetzen“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2014/128)

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Sabine Sutter (FDP)          | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Eisenring Fabian (SP)        | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

## Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

## Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Stadträtin Marion Schafroth die heutige Ratssitzung etwas früher verlassen muss.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die *Interpellation „Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung“* (Nr. 2014/123) vorgezogen und behandelt wird. Ebenso soll die Interpellation Nr. 2014/123 betreffend den Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung vorgezogen werden.

://: Der Rat stimmt einstimmig dem Änderungsantrag zu: Das Postulat Nr. 2011/196 betreffend der Schiessanlage Sichern wird als 4. Traktandum und die Beantwortung der Interpellation „Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung“ (Nr. 2014/123) als 5. Traktandum behandelt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Einwohnerrat keine weiteren Änderungen bezüglich der Traktandenliste beantragt oder diesbezügliche Wortbegehren angemeldet werden.

**186 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Wahl der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) für die restliche Amtsperiode vom 01.07.2014 - 30.06.2016; Aufhebung der Spezialkommission „Schulraumplanung“ per 30.06.2014 (Nr. 2014/125)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Da die Zahl der Vorgeschlagenen der Zahl der zu Wählenden entspricht, schlägt das Büro dem Rat die offene Wahl vor.

Er kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden. Da aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Wahl wünscht, kann über die Wahlvorschläge offen abgestimmt werden.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig die vorgeschlagenen Mitglieder sowie das Präsidium der neuen Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) für die Amtsperiode vom 01.07.2014 - 30.06.2016 gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Ruesch Corinne	(GL)	Präsidentin
Meyer Hanspeter	(SVP)	Vize-Präsident
Imsand Bruno	(FDP)	
Leimgruber Walter	(SP)	
Meschberger Dominique	(SP)	
Porchet Pascal	(FDP)	
Steinger Pia	(CVP/EVP/GLP)	

Ersatzmitglieder:

Baumgartner Verena	(GL)	
Eugster Thomas	(FDP)	
Meyer Denise	(SVP)	
Quensel Marianne	(SP)	
Wunderlin Verena	(CVP/EVP/GLP)	

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Auflösung der Spezialkommission „Schulraumplanung“ per 30. Juni 2014.

**187 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2014/126)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass das Eintreten auf das Wahlgeschäft unbestritten ist, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

**Büro des Einwohnerrates (Büro)**

Fischer Werner (FDP) anstelle von Rudin Lorenz als Ersatzmitglied.

**Bau- und Planungskommission (BPK)**

Imsand Bruno (FDP) anstelle von Rudin Lorenz als Ersatzmitglied.

**188 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Kasinobrücke - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Bruttokredit von TCHF 980 für die Instandsetzung der Kasinobrücke (Nr. 2014/119)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/119a vor: Da es sich um eine sehr gute Stadtratsvorlage handelt und das Geschäft dringend zu behandeln ist, konnte das Geschäft nach nur einer Kommissions-sitzung auch schon wieder auf die heutige Sitzung traktandiert werden. Die BPK ist zur Erkenntnis gelangt, dass die unumgänglichen Instandsetzungsarbeiten baldmöglichst anzugehen sind. Die Stadt ist vorderhand immer noch Eigentümerin der Brücke und deshalb für eine uneingeschränkte Nutzung und Sicherheit der Kasinobrücke verantwortlich. Die BPK schlägt dem Rat vor, dem stadträtlichen Antrag betreffend der Bruttokredit-Genehmigung zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass in der Stadtratsvorlage und auch im BPK-Bericht die wesentlichsten Punkte betreffend der Dringlichkeit der Instandsetzungsarbeiten enthalten sind. Nach Abschluss der Arbeiten kann nicht von einer Gesamtsanierung gesprochen werden, doch kann wieder für die Sicherheit in den nächsten Jahren garantiert werden. Die Mittefraktion ist der Meinung, dass sich der Kanton zumindest anteilmässig an den Instandsetzungskosten beteiligen sollte. Auch sollte das Vertragswerk mit den Grundbucheintragungen betreffend dem Übergang der Kasinobrücke vom Kanton an die Stadt konsultiert werden, damit der Kanton gegebenenfalls noch in die Pflicht genommen werden kann. Aus diesem Grund werden nicht alle ihrer Fraktionsmitglieder der Sanierung zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion dem beantragten Bruttokredit zustimmen wird. Im vorliegenden Fall zeigt sich einmal mehr, wie gross die Kostenfolgen solcher Infrastrukturen sind. Auch rächt es sich, dass man in den 60-er Jahren verschiedene Normen geschwächt hatte, damit man schneller und günstiger bauen konnte.

Pascal Porchet (FDP) informiert, dass auch seine Fraktion den Bruttokredit genehmigen wird, da die Sanierungsarbeiten unverzichtbar sind. Auch warte man noch darauf, dass man vom Stadtbauamt das Inventar betreffend den Kunstbauten erhalte, wie dies vom Stadtrat in Aussicht gestellt wurde. Damit sollten dann ähnliche Sanierungsarbeiten mit kurzfristig notwendigem Handlungsbedarf und grösseren Folgekosten nicht mehr zur Überraschung werden. Auch in strategischer Hinsicht macht die Brückensanierung Sinn, denn diese sollte ja künftig auch für Fahrzeuge mit 40 Tonnen verhalten, weil ja die Brücke ein Nadelöhr für die bevorstehenden grösseren Bautätigkeiten im betreffenden Gebiet sein wird. Die Kasinobrücke muss für die Zukunft hinsichtlich Statik und Sicherheit verhalten.

Markus Rudin (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig der Sanierung bzw. dem beantragten Kredit zustimmen wird. Die vom Vorredner gemachten Aussagen kann er ebenfalls unterstützen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass das Vertragswerk vom Stadtbauamt wunschgemäss seiner Fraktion zur Verfügung gestellt wurde. Die Brückensanierung ist nötig, denn Liestal haftet als Werkeigentümerin für mögliche Folgeschäden.

Stadtrat Peter Rohrbach äussert, dass der vorgängig erwähnte Vertrag aus dem Jahre 1977 stammt. Das Kunstbauten-Inventar ist bereits im Entwicklungsplan 2014-2018 integriert und weitere Aktualisierungen werden jeweils bei den nächsten Entwicklungsplänen vorgenommen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK wird einstimmig zugestimmt und dem Bruttokredit von TCHF 980 zu Lasten des Investitionskonto 6150.5010.0054 für die Instandsetzung der Kasinobrücke zugestimmt.



**189 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Schiessanlage Sichertern - Bericht Stadtrat zum Postulat von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Schiessanlage Sichertern (Nr. 2011/196)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Jürg Holinger (GL) meint als Postulant zum zweiten stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/196b, dass die stadträtlichen Antworten in seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen ausgelöst habe, weshalb man schlussendlich auch die Stimmfreigabe betreffend den stadträtlichen Anträgen beschloss. Mit dem stadträtlichen Zwischenbericht vom Januar 2013 hatte der Stadtrat in Aussicht gestellt, dass mit den Schiessvereinen die Möglichkeit einer Auslagerung geprüft werde. Im nun vorliegenden Bericht wird über die diesbezüglichen Verhandlungsergebnisse nichts erwähnt. Anlass seines Postulates war nicht der Schiessbetrieb auf der Sichertern und die Finanzen, sondern die unklaren Vertragsverhältnisse sowie unübersichtlichen Rahmenbedingungen. Dass es sich um ein sehr komplexes Vertragskonstrukt handelt, wird vom Stadtrat auf Seite 2 der Vorlage Nr. 2011/196a auch bestätigt. In der Folge und Konsequenz kann der Stadtrat nun mit weiteren Abklärungen und Verhandlungen abwarten, bis der Druck von Aussen kommt. Oder aber man gleist weitere Massnahmen auf, bevor der Druck von Aussen kommt bzw. neue Investitionen beantragt oder Fragen im Zusammenhang mit der Schiessanlage Sichertern wieder thematisiert werden.

Werner Fischer (FDP) informiert, dass seine Fraktion den stadträtlichen Anträgen nicht folgen wird. Es ist bedauerlich, dass Verträge bestehen und man nicht genau weiss, was sie bedeuten. Aufgabe des Stadtrates wäre es, die bestehenden Verträge genau anzuschauen und auch die möglichen finanziellen Risiken aufzuzeigen. Dass die Kugelfangsanierung abgeschlossen ist, weiss der Rat bereits. Die Schiessanlage mit Flachdach und möglichem Asbest als Baumaterial usw. ist älteren Datums und birgt Risiken in sich. Ob die Stadt nun für solche anstehenden Sanierungsarbeiten Rückstellungen macht oder die Anlage zu günstigen Konditionen den Schiessvereinen übergeben soll, müsste noch geklärt werden. Weitere Abklärungen und Verhandlungen des Stadtrates sind nötig und über die diesbezüglichen Erkenntnisse ist der Rat noch zu informieren.

Patrick Mägli (SP) erklärt, dass die Mehrheit seiner Fraktion die stadträtlichen Anträge ebenfalls ablehnen wird. Der neue Bericht des Stadtrates enttäusche doch etwas. Vermutlich ist das Vertragswerk für die Partner so vorteilhaft, dass diese im eigenen Interesse auch keine Änderungen wollen. Es gibt auf jeden Fall keinen Grund dafür, weshalb der Stadtrat das komplexe Vertragswerk nicht entwirren und transparent machen sollte. Und in Anbetracht der anstehenden Sanierungskosten wäre es wichtig, dass man die Verträge vor der Prüfung weiterer Investitions- und Sanierungskosten sichten und überprüfen würde. Denn es darf nicht sein, dass sich die anderen Vertragspartner wieder hinter den komplexen Vertragsstrukturen verstecken können und die Stadt Liestal einfach wieder zahlt. Es ist klar, dass das Geschäft nicht mit hoher Priorität zu behandeln ist, doch sollte die Entwirrung des Vertragswerkes im Hinblick auf allfällige Investitionen in Angriff genommen werden. In der SP-Fraktion ist ebenfalls die Stimmfreigabe betreffend dem vorliegenden Geschäft beschlossen worden.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass an der Ratssitzung vom 21. März 2012 Stadträtin Marion Schafroth erklärt hatte, dass es bis zum Vorliegen eines Schlussberichtes Jahre dauern könnte, bis die verschiedenen Juristen mit der Entwirrung des Vertragswerkes fertig und die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die Mittefraktion bedauert es, dass man in den letzten zwei Jahren nicht mehr herausgefunden hatte, zumal die Situation und das komplexe Vertragswerk keine Vereinfachung erfahren wird. Es ist nachvollziehbar, dass man nur sehr

schwer einen Partner und Vereine finden wird, welche an einer Auslagerung der Schiessanlage durch die Stadt interessiert sein könnten. Was nicht ist, kann ja noch werden und so wird seine Fraktion der Postulatsabschreibung einstimmig zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) meint, der Schiessbetrieb auf der Sichertern funktioniere bestens und es bestehe kein Handlungsbedarf. Eigentlich könnte man dem Postulanten dankbar sein, denn dadurch konnte man zur Kenntnis nehmen, dass die Schiessanlage Sichertern eine gute Sache ist. Nur leider haben solche Vorstösse auch ihre Schattenseite, weil sie unnötige Ressourcen des Stadtrates und der Verwaltung beanspruchen und auch sehr kostentreibend sind. Wahrscheinlich muss einmal eine Motion eingereicht werden, mit welcher gefordert wird, dass bei jedem eingereichten Vorstoss mit stadträtlichen Beantwortung auch eine Vollkostenrechnung mitgeliefert werden muss, die die Verhältnismässigkeit aufzeigt. Auch der Einwohnerrat ist ein grosser Kostenfaktor, welcher mit Steuergeldern finanziert werden muss. Die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass es wohl das Dümme ist, wenn man an einem funktionierenden Computer herumschraubt. Und weshalb sollte man nun Juristen beschäftigen, bestehende Verträge zur Diskussion stellen und ein Riesengestürm veranstalten, wenn doch alles funktioniert? Man spricht heute von bevorstehenden Investitionen, obwohl diese nicht bekannt sind und auch kein Konzept vorhanden ist. Man sollte vorderhand nichts unternehmen und abwarten.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, dass man heute gar über Vollkostenrechnungen im Zusammenhang mit neuen Vorstössen diskutiert. Unbestritten ist wohl aber, dass der Stadtrat zu überwiesenen Vorstössen Bericht erstatten muss. Es geht ja grundsätzlich auch nicht darum, neue Verträge auszuhandeln. Wie im Postulat festgehalten wird, geht es doch einfach darum, dass das bestehende Vertragswerk verstanden werden kann. Dies war auch ein Thema bei der Beratung der stadträtlichen Vorlage betreffend der Kugelfangsanierung in der FIKO. Seine Fraktion wünscht die Darlegung einer Ausgangslage, damit man dann auch nachvollziehen kann, was denn am ganzen Vertragswerk so komplex sein soll. Und schliesslich muss man auch bei einem funktionierenden Computer wissen, wo man diesen an- und abstellte. Die FDP-Fraktion wird deshalb der Postulatsabschreibung auch nicht zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass offenbar niemand der Vertragspartner an einer Klärung der Sachlage interessiert ist. Es kann niemand dazu gezwungen werden, einen bestehenden Vertrag zu ändern. Und sollen nun bestehende Verträge vereinfacht werden, damit bei den Vertragspartnern das Gefühl aufkommt, dass man über den Tisch gezogen wird? Weshalb soll man nun viel Geld für etwas ausgeben, was unter dem Strich nichts bringt?

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass es nie die stadträtliche Absicht war, den Auftrag im Zusammenhang mit dem Postulat nicht zu erfüllen. Auch wurde der stadträtliche Antrag betreffend der Postulatsabschreibung nicht mit Begeisterung verabschiedet, doch handelt es sich hierbei um einen Vernunftsentscheid. Die Schiessanlage Sichertern funktioniert und die Stadt Liestal leistet einen jährlichen Beitrag von CHF 70'000.-- pro Jahr. Die Kosten konnten damit gegenüber früheren Zeiten, mit einem angestellten Anlagewart der Stadt Liestal, doch halbiert werden. Alle Vertragspartner und Benützer der Schiessanlage sind damit zufrieden, wie es momentan läuft. Gemäss Gesetzgebung hat auch die Stadt Liestal ihren Pflichten betreffend dem ausserdienstlichen Schiessen nachzukommen. Gemäss Vertrag mit dem Waffenplatz Liestal muss dem Militär das Schiessen ermöglicht werden. Schon frühere Departementsvorsteher hatten sich mit dem Vertragswerk der Schiessanlage Sichertern beschäftigt, doch für eine Auslegeordnung müssten Juristen konsultiert und für viel Geld beschäftigt werden. Der Stadtrat möchte aber keine Ressourcen und finanziellen Mittel für etwas einsetzen, was ja funktioniert und wo auch keine neue Zielsetzungen definiert sind. Stadtrat und Verwaltung haben aktuell viel wichtigere Geschäfte pendent und bei der Sichtung der Sichertern-Verträge ist auch nichts aufgefallen, wo Handlungsbedarf angezeigt wäre. Auch ist eine Auslagerung der SSA Sichertern unrealistisch, da die Zukunft des Schiesswesens zu unsicher ist.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2011/196b.

://: Der Abschreibung des Postulates Nr. 2011/196 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**190 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Sozialberatung-Abteilung - Beantwortung der Interpellation von Patrick Mägli der SP-Fraktion betreffend Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung (Nr. 2014/123)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Patrick Mägli, SP-Fraktion*

**Interpellation**

**Kündigungen in der Abteilung Sozialberatung**

*In den vergangenen Jahren gab es in der Abteilung Sozialberatung grosse Umwälzungen und sehr viele personelle Abgänge. Infolge der prekären personellen Situation kam es zu Problemen mit Gesuchen um Rückerstattungen beim Kanton und mit Abklärungen der Subsidiarität bei Massnahmeneinleitungen (siehe FIKO-Bericht zur Rechnung 2012). Der Stadtrat hat 2013 neue Stellen bewilligt und zugesichert, dass mit dem neuen Leiter des Bereichs Sicherheit und Soziales sowie dem neuen Leiter der Abteilung Sozialberatung Ruhe einkehren werde. Nun ist es neben ordentlichen Pensionierungen erneut zu Kündigungen von Sozialarbeitern gekommen, darunter auch der im Herbst 2012 eingestellte neue Leiter der Abteilung Sozialberatung. Durch die enorme Fluktuation droht ein grosser Know-How-Verlust mit möglichen Auswirkungen auf die städtischen Finanzen und auf die Qualität der Dienstleistungen. Dazu kommt eine grosse Arbeitsbelastung für die verbleibenden Mitarbeitenden infolge steigender Zahlen von Sozialhilfebezügern:*

*Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Was sind aus Sicht des Stadtrates die Gründe dafür, dass die personelle Fluktuation trotz der 2012/2013 getroffenen Massnahmen nicht gestoppt werden konnte?*
- 2. Bestehen im Bereich Sicherheit /Soziales und in der Abteilung Sozialberatung im Speziellen strukturelle und organisatorische Probleme?*
- 3. Was beabsichtigt der Stadtrat zu unternehmen, um die gravierenden Probleme endlich in den Griff zu bekommen?*
- 4. Werden angesichts steigender Fallzahlen zusätzliche personellen Ressourcen benötigt? Werden externe Lösungen angestrebt?*
- 5. Wie wird der Stadtrat in dieser für alle Beteiligten sehr schwierigen Phase gewährleisten, dass für die Stadt keine zusätzlichen finanziellen Belastungen entstehen und dass insbesondere die Gesuche um Rückerstattung beim Kanton sowie die Abklärung der Subsidiarität rechtzeitig und korrekt vorgenommen werden können?*

*Liestal, 27. April 2014*

*Patrick Mägli*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und stellt fest, dass die Beantwortung derselben insofern schwierig ist, weil die Antworten öffentlich und im Zusammenhang mit betroffenen Personen zu machen sind.

Zur 1. Frage: Die Fluktuation ist unschön und macht auch den Stadtrat betroffen. Der grosse Personalwechsel basiert nebst Kündigungen auch auf vorhersehbaren Pensionierungen. Wie allgemein bekannt ist, resultieren Kündigungen aus einer Summe verschiedener Gründe. Ein wesentlicher Grund für die aktuell eingetretenen Kündigungen ist die hohe Arbeitslast durch die Fallzunahme im Sozial- und Asylbereich seit April 2013. Die damals eingeleitete Entlastung durch die vom Stadtrat genehmigte Ressourcenerhöhung um 200 Stellenprozente sorgte nur für eine kurzfristige Beruhigung.

Zur 2. Frage: Nein, die Struktur und Organisation haben sich grundsätzlich bewährt und der Stadtrat sieht hier keinen Handlungsbedarf.

Zur 3. Frage: Der Stadtrat sorgt dafür, dass die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen und unterstützt die Anstrengungen der Verwaltung, die Stellen umgehend und wenn immer möglich überlappend mit geeignetem Personal zu besetzen, damit der interne Erfahrungs- und Wissensverlust trotz der vielen Wechsel möglichst gering gehalten werden kann.

Zur 4. Frage: Ja. Der Stadtrat hat an seiner gestrigen Sitzung Nachtragskredite gesprochen, um zu sichern, dass die Stadt Liestal der gesetzlichen Verpflichtung, die Sozialhilfe korrekt durchzuführen, erfüllen kann. Dafür hat er den Stellenplan um 270 % erhöht und die nötigen finanziellen Mittel gesprochen, um Restanzen mit externer temporärer Unterstützung abzutragen. Bei den 270 Stellenprozente handelt es sich um die Weiterführung einer im letzten Jahr bewilligten befristeten Stelle und die Schaffung von zusätzlichen 170 % Kapazität verteilt auf die Bereiche Sozialarbeit, Administration und Asylwesen.

Zur 5. Frage: Aufgrund einer Analyse der Geschäftsentwicklung wurden die notwendigen personellen und externen Ressourcen ermittelt und gestern als gebundenen Nachtragskredit durch den Stadtrat bewilligt. Alle ausstehenden Subsidiaritäten können so zwar eingebracht werden, doch wird die Stadt wiederkehrend mit höheren Personalkosten belastet. Steht den Sozialarbeitenden wieder mehr Zeit pro Fall zur Verfügung, könnte sich dies durch Erhöhung der Ablösequote finanziell positiv auswirken.

Patrick Mägli (SP) sagt, dass er mit den Antworten zufrieden ist und die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Patrick Mägli (SP) stellt fest, dass vom Stadtrat bestätigt wird, dass in der Sozialberatung einiges nicht gut läuft. Im FIKO-Bericht zur Rechnung 2012 wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die beschlossenen Massnahmen bei den Sozialen Diensten endlich greifen würden, doch ist es leider nicht besser gekommen. Die Sozialberatung steckt immer noch in einer Krise und dies bei steigenden Fallzahlen. Dies hat Auswirkungen auf die Mitarbeitenden der Stadt, die Klienten, die Qualität der Dienstleistungen und nicht zuletzt auch auf die Finanzen der Stadt. Für die Sozialhilfe ist im letzten Jahr von der Stadt Liestal ein Nettoaufwand von über 5 Mio. Franken aufgewendet worden und die Rückerstattungen liegen unter dem budgetierten Betrag, was auch auf die personellen Änderungen zurückgeführt werden könnte, doch müsste dies noch genauer geprüft werden. Die vom Stadtrat an der gestrigen Sitzung beschlossenen zusätzlichen Stellenprozente werden begrüsst. Er ist sich bewusst, dass Reformen Zeit und vielfach auch mehrere Anläufe brauchen. Bei der Sozialberatung ist der erste Anlauf unter der neuen Departementsvorsteherin und dem neuen Bereichsleiter gescheitert, beim nächsten Anlauf sollte dies aber nun unbedingt klappen. Zuallerletzt möchte er anmerken, dass er den frischen Wind in der Verwaltung begrüsse, der in den letzten Jahren in die Verwaltung gekommen ist, doch sollten dabei die Menschen nicht ganz vergessen bleiben. Manchmal müsste man vielleicht auch ein langsames Vorgehen wählen, um die gesteckten Ziele erreichen zu können.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass ein Sprichwort sage, dass der Krug zum Brunnen gehe, bis er breche. Sie findet es nicht so toll, dass die personellen Belange in der Sozialberatung hier im Rat diskutiert werden. Die Stimmung beim direktbetroffenen Personal ist nicht gut und es wäre besser, wenn diese unterstützt würden. Die Abläufe konnten schon lange nicht mehr gewährleistet werden und die Belastung hatte zugenommen, was auch die Sozialhilfebehörde feststellen musste. Die neueste Stellenaufstockung ist zu begrüssen und so kann man nun wieder auf eine Besserung hoffen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die vorgängig gemachten Aussagen von Stadträtin Marion Schafroth und möchte wissen, auf welcher gesetzlichen Grundlage denn nun die zusätzlichen Stellenprozente vom Stadtrat beschlossen wurden.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie könne den betreffenden Gesetzesartikel nicht aus dem Stegreif zitieren, doch steht im kantonalen Sozialhilfegesetz, dass die Sozialen Dienste zusammen mit der Sozialhilfebehörde funktionieren müssen. Der gesetzliche Auftrag mit Fristensetzungen usw. muss erfüllt werden.

Meret Franke (GL) meint, dass es wichtig sei, bei starken Fallzunahmen rasch reagieren zu können. Auch ihre Fraktion wünscht sich ein gutes Arbeitsklima in der Verwaltung.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Vorstoss bzw. Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/123.*

**191 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Altersgerechte Turnhalle - Bericht Stadtrat zum Postulat von Thomas Eugster der FDP-Fraktion betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses (Nr. 2013/94)**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht. Das Turnen hat einen wichtigen Stellenwert und deshalb sind auch adäquate Räumlichkeiten erforderlich. Unter Berücksichtigung der Finanzlage müssen auch günstige Lösungen gefunden werden. Es freut ihn, dass der Stadtrat einen diesbezüglichen Lösungsvorschlag der Eltern aufgenommen und weiter verfolgt hatte. Er würde es begrüßen, wenn bezüglich der Nutzung der Kasermenturnhalle Kontinuität für die nächsten Jahre möglich wäre. Auch macht es Sinn, dass die Sicherheitsaspekte bei allen Turnhallen überprüft werden.

Verena Baumgartner (GL) sagt, dass Kompromisse meist nicht toll, aber vielfach halt einfach nötig sind. Wichtig ist aber im vorliegenden Fall, dass bezüglich dem Schul- und Turnunterricht sowie der Durchsetzung des Lehrplanes keine Kompromisse gemacht werden. Ihre Fraktion nimmt den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Sache gemäss Postulat bereits bei der Überweisung des Vorstosses bereinigt war. Das Postulat zeigt auf, dass ein Bedarf an Schulraum im betreffenden Gebiet besteht. Die Mittefraktion findet es gut, dass kurzfristig eine Lösung gefunden werden konnte und wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die positiven Rückmeldungen aus den Fraktionen. Die fehlenden und zum Teil zu kleinen Turnhallen in Liestal sind unbefriedigend, doch darf man anerkennend auch davon Kenntnis nehmen, dass den Schülern an Ort Schwimmunterricht erteilt werden kann. An den örtlichen Schulen werden generell die Bewegung und Gesundheit gefördert. Der Lehrplan wird hinsichtlich des Turnunterrichts eingehalten und auch ausserhalb des Schulunterrichts kann man sich auf vielfältige Art bewegen oder sportlich betätigen. Die Nutzung der Militärturnhalle durch die Mittelstufe ist nur wegen dem Entgegenkommen des KV Liestal möglich, konnte aber nicht auf längere Zeit gesichert werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2013/94a.

://: Der Abschreibung des Postulates Nr. 2013/94 wird einstimmig zugestimmt.

**192 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Umsetzung HarmoS - Beantwortung der Interpellation von Marianne Quensel namens der SP-Fraktion betreffend Umsetzung HarmoS (Nr. 2014/121)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
SP Fraktion*

*Interpellation*

Umsetzung HarmoS

*Im Zusammenhang mit HarmoS und Lehrplan 21 ist es auf kantonaler Ebene zu einer grossen Unruhe und Verunsicherung gekommen.*

*Dem Entwicklungsplan der Stadt Liestal 2014-2018 entnehmen wir, dass für die Schulraumplanung der nächsten 10 bis 20 Jahre HarmoS berücksichtigt wird. Auch der „Einbezug von neuen Lernformen“ und der „gesetzliche Integrationsauftrag“ werden in die Planung einbezogen. Weiter lesen wir im Amtsbericht 2013 (S. 16), dass die Klassenlehrpersonen bezüglich des Fremdsprachenunterrichtes zusätzliche Ausbildungsmodule besuchen. Aus den Studentafeln ist ersichtlich, dass Kinder, welche 2010 in die Schule eingetreten sind, bereits seit Sommer 2013 Französisch-Unterricht haben. Diese werden ab Sommer 2014, also ab der fünften Klasse Englisch Unterricht erhalten. Diese Klassen werden auch die ersten sein, die sechs Jahre die Primarstufe und drei Jahre die Sekundarstufe besuchen werden. Aus allen diesen Hinweisen und Informationen entnehmen wir, dass die Umsetzung von HarmoS an unserer Schule bereits im Gang ist. Deshalb scheint es uns verwirrend, wenn jetzt von gewissen Kreisen der Ausstieg aus HarmoS gefordert wird. Um die Situation (und die Begriffe) zu klären, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen.*

- 1. Was bedeutet HarmoS für die Schule von Liestal bzw. für die Schülerinnen und Schüler?*
- 2. Was versteht der SR unter „harmoskonform“?*
- 3. Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen HarmoS und Lehrplan 21?*
- 4. Wie weit ist die Umsetzung in den Schulen von Liestal vorangeschritten?*
- 5. Welches sind die nächsten Schritte?*

*Namens der SP Fraktion  
Marianne Quensel*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf den neuen politischen Vorstoss unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die Interpellation und stellt fest, dass HarmoS in der letzten Zeit immer wieder in den Zeitungen usw. ein Thema war. Vorausschicken möchte er, dass es sich bei HarmoS um eine Bildungsharmonisierung aller Kantone handelt, welche an einer eidgenössischen Abstimmung gutgeheissen wurde. Bei einem Ausscheren von einem oder mehreren Kantonen hätte dann gegebenenfalls der Bund das Sagen. Seine Antworten zu den Fragen der Interpellantin beziehen sich auf die Primarstufe:



Antwort zur 1. Frage: HarmoS bedeutet, dass wir auch in Liestal 2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule und 3 Jahre Sekundarschule haben. Der Kindergarten ist obligatorisch und über die Übergangsfristen wird demnächst informiert. Ab der 3. Klasse wird Französisch und ab der 5. Klasse Englisch unterrichtet. Mit dem Konkordat betreffend Sonderpädagogik wird die Integration von Kindern mit Lernschwächen in Regelklassen geregelt. Der Lehrplan 21 hat nicht zwingend mit HarmoS zu tun, weshalb auch nicht alle Kantone mitmachen. Die vorgeschriebenen Blockzeiten wurden in Liestal schon vor längerer Zeit eingeführt.

Antwort zur 2. Frage: Im Entwicklungsplan ist von „harmoskonformem Schulraum“ die Rede und dabei meinte man die Gruppenräume. Es ist kein offizieller Begriff und wird in Zukunft auch nicht mehr verwendet.

Antwort zur 3. Frage: Es besteht kein zwingender Zusammenhang.

Antwort zur 4. Frage: Die jetzigen Viertklässler werden ab Sommer Englisch haben und werden im Schuljahr 2015/2016 in der Primarschule bleiben. Alle Schüler führen auch ein persönliches Arbeitsbuch, in welchem sie ihre Schulkarriere dokumentieren. Diejenigen Lehrpersonen, welche Fremdsprachen unterrichten, müssen unter anderem Weiterbildungskurse besuchen usw. Die Umsetzung bedingt auch die Anstellung von zusätzlichen Lehrkräften und die Bereitstellung von Schulräumen.

Antwort zur 5. Frage: Die Schule muss sich noch mit dem Lehrplan 21 befassen und insbesondere mit der kompetenzorientierten Unterrichterteilung befassen. Alle 5 Schulhäuser beteiligen sich ebenfalls am SWiSE-Projekt bzw. der naturwissenschaftlichen Bildung.

Abschliessend möchte er den Lehrpersonen doch auch ein Kompliment aussprechen, denn diese haben nebst den Alltagsgeschäften nebst der Weiterbildung auch noch mit neuen Lehrmitteln zu befassen.

Marianne Quensel (SP) dankt als Interpellantin für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt ist.

Marianne Quensel (SP) stellt fest, dass die stadträtlichen Antworten besser sind, als man es aktuell im Blätterwald lesen kann. Sie stehe nach wie vor hinter den neuen pädagogischen Konzepten und möchte an dieser Stelle ebenfalls allen Lehrerinnen und Lehrern von Liestal für die grosse und gute Arbeit danken.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass verschiedene landrätliche Vorstösse betreffend der Einführung des Lehrplan 21 auf der Sekundarstufe hängig sind und sie die stadträtliche Meinung interessieren würde.

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass beim Kanton die erste Fassung des Lehrplanes 21 zurückgewiesen wurde. Als Elemente des Lehrplan 21 können die neuen Studentafeln, die Lektionsdauer von 45 Minuten usw. aufgeführt werden, bei welchen es um grundsätzliche pädagogische und didaktische Fragen geht. Jetzt haben die Gemeinden und Schulen noch einen grossen Spielraum betreffend der Unterrichtsausgestaltung. Gemäss Aussage des Präsidenten des Schweizerischen Lehrervereines handelt es sich beim Lehrplan 21 um einen Kompass, an welchem sich die Lehrpersonen orientieren können. Es ist nichts starres und die Einführung ist bis ins Jahre 2020 vorgesehen. Bei diesem langen Prozess können immer noch Korrekturen angebracht werden.

Dominique Meschberger (SP) meint, dass eine Harmonisierung im Schulwesen durchaus Sinn mache und bei der Umsetzung von Reformen gibt es immer wieder ganze viele Gegner. HarmoS sollte man deshalb eine Chance geben und die Entwicklung abgewartet werden. Die Dankes- und Lobesworte an die Adresse der Lehrerschaft kann sie ebenfalls unterstützen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, auch er habe seinerzeit die HarmoS-Vorlage unterstützt. Die Resultate sind nun aber schwach, denn ausser der Vereinheitlichung von 6 Primar- und 3 Sekundarschulklassen ist nicht viel harmonisiert worden. Und betreffend dem Lehrplan 21 sollte man die Lehrerschaft schon gebührend anhören, denn diese äussern schon heute grössere Bedenken an, sollte dieser umgesetzt werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/121.*

**193 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Schulsozialarbeit - Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion betreffend Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule (Nr. 2014/122)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Dominique Meschberger  
SP Fraktion*

*Liestal, 24. April 2014*

**Postulat**

**Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule**

*Das soziale Umfeld sowie die soziale Entwicklung der Kinder verändern sich im Verlaufe der Zeit. Die psychische und physische Entwicklung der Primarschülerinnen und Primarschüler schreitet heute schneller voran und dadurch sind Themen und Problemstellungen, welche früher vorwiegend auf der Sekundarschule aufgetreten sind, heute bereits auf der Primarschule präsent. Die Verschiebung der sechsten Klasse auf die Primarstufe im Rahmen von Harnos wird zusätzlich zu dieser Entwicklung beitragen.*

*Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot, welches ohne grosse Überwindung in Anspruch genommen werden kann. Sie repräsentiert eine neutrale Verbindung zur Erwachsenenwelt und untersteht der Schweigepflicht. Dies trägt dazu bei, dass Schwierigkeiten weniger vertuscht werden und bis zur Explosion weiterbrodeln. Wenn Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden, ist die Möglichkeit gross, dass es den angehenden Jugendlichen besser gelingt, sich in ihrem Umfeld zurecht zu finden und somit viel Geld eingespart werden kann, welches später in Therapien, Jugendanstalten, Sonderschulen usw. fliessen würde.*

*Die Schulsozialarbeit verbessert die Bildungschancen aller Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer können sich wieder vermehrt auf ihr Kerngeschäft konzentrieren.*

*Der Kanton hat seit einigen Jahren auf der Sekundarschule mit der Schulsozialarbeit positive Erfahrungen gesammelt. Die Schulleitung und der Schulrat der Primarschule würden eine Einführung auf ihrer Stufe sehr begrüessen. Abklärungen durch die Schulleitung im Auftrag des Schulrats sind bereits im Gang.*

***Ich bitte den Stadtrat die Einrichtung der Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule zu überprüfen und dem Einwohnerrat darüber zu berichten.***

*Vielen Dank !*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, dass das Postulat berechtigt und zeitgemäss ist, da die Einführung von Schulsozialarbeit vom Schulrat bereits diskutiert wurde. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu übernehmen.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Postulantin für die stadträtliche Zusage, dass man den Vorstoss übernehmen möchte. In mindestens 12 Gemeinden des Kantons wurde die Schulsozialarbeit auf Primarschulstufe bereits eingeführt. Gemäss Auskunft der Schulsozialarbeiterin von Frenkendorf hatte diese in einem Jahr 180 Gespräche, 28 Gruppengespräche in Klassen, 120 Gespräche mit Lehrpersonen und/oder der Schulleitung und 85 Gespräche mit Eltern geführt, diverse Schulprojekte gemacht, war während 65 Stunden bei Unterrichten präsent usw. Solche Zahlen dürften ein weiteres Argument dafür sein, das Postulat zu übernehmen, denn diese zeigen auf, dass für eine solche Stelle keine Arbeit gesucht werden müsste.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Zusage betreffend der Postulatsübernahme. Es ist wichtig, dass man Probleme früh bereits im Kindergarten erkennen und angehen kann. Die Forderungen der Postulantin sind offen formuliert und so kann vom Stadtrat auch gesagt werden, was diesbezüglich bereits getan wurde bzw. wo er noch Handlungsbedarf sieht. Ihre Fraktion wird der Postulatsüberweisung grossmehrheitlich zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass auch seine Fraktion der Meinung ist, dass die Schulsozialarbeit aber der Sekundarstufe nicht mehr wegzudenken ist. Hingegen dürfte das Angebot auf Primarstufe zu früh sein, denn in diesen Altersgruppen dürften sich die Probleme noch in Grenzen halten. Die HarmoS-Einführung soll abgewartet und nicht das Schulsozialarbeit-Angebot auf Vorrat hin bereits auf Primarschulstufe eingeführt werden, bevor man weiss, ob der Bedarf vorhanden ist. Seine Fraktion möchte noch zuwarten und wird der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) meint, dass der Entscheid betreffend der Überweisung des Vorstosses vermutlich auch stark davon abhängig sein wird, ob man Leute kennt, die von einem solchen Angebot profitieren könnten. Probleme von Schülern können oft nicht oder nur beschränkt von den Eltern, den Familien, den Lehrkräften usw. gelöst werden. Auch ist dem Rat beispielsweise nicht bekannt, wie viele Mobbingfälle bereits in der Primarschule vorkommen. So sollte doch das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden, damit dieser den Bedarf an Schulsozialarbeit abklären und weitere Massnahmen gegebenenfalls vorschlagen kann. Auch soll nicht die HarmoS-Umsetzung abgewartet werden, da zwischen HarmoS und Schulsozialarbeit überhaupt kein Zusammenhang besteht. Ebenfalls sollte man sich nicht von der stadträtlichen Antwort und Kostenfolgen scheuen, denn für alle Beteiligten dürfte schlussendlich eine Prävention günstiger als Nachbesserungen kommen. Ihre Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass der Jugenddienst der Kantonspolizei BL laufend für gröbere Vorkommnisse eingesetzt wird und ein Schulsozialdienst sicher eine weitere gute Anlaufstelle wäre.

Marianne Quensel (SP) ist ebenfalls der Meinung, dass HarmoS und die Schulsozialarbeit nichts miteinander zu tun habe. Sie kann sich als ehemaliges Schulratsmitglied noch gut an die Umsetzung des Bildungsgesetzes erinnern und weiss, wie gross das Vakuum gerade bei der Lehrerschaft gewesen war. Auch sind ihr verschiedene Fälle bekannt, bei denen es gut gewesen wäre, wenn man einen Schulsozialdienst hätte kontaktieren können.

Dominique Meschberger (SP) sagt, dass es schön wäre, wenn Eltern die Probleme ihrer Kinder in der Primarschule selbst regeln könnten, doch sieht das in der Realität leider anders aus. Betonen möchte sie auch, dass ihr Vorstoss ja nichts Endgültiges bewirken wird. Mit dem Postulat wird der Stadtrat lediglich mit weiteren Abklärungen sowie Berichterstattung beauftragt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2014/122 an den Stadtrat überwiesen.

**194 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Fussgänger-Zone - Motion von Peter Küng der SP-Fraktion betreffend Fussgängerzone in Stadtkern (Nr. 2014/124)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Peter Küng, SP-Fraktion*

**Motion**

**Fussgängerzone im Stadtkern**

*Jahrelang wurde versucht, im Stedtli mit immer mehr Parkplätzen eine grössere Kundenfrequenz zu erreichen. Dieses Ziel konnte jedoch nicht oder nur geringfügig erreicht werden. Es ist deshalb Zeit, dass in Liestal endlich ein Umdenken stattfindet.*

*Einkaufen und Konsumieren hat viel mit Emotionalität zutun. Man will sich treffen, mit einander plaudern, zusammen sein und sich frei bewegen. All das kann nur eine konsequente Fussgängerzone bieten. Sowohl die auswärtigen Kundinnen und Kunden wie auch die Liestaler Einwohnerinnen und Einwohner sollen sich bei ihrem Einkauf und dem Bummel durch das Stedtli wohl fühlen. Auch aus ökologischen Gründen muss der Einkauf vor Ort wieder attraktiv gemacht werden. Andere Städte wie Basel, Rheinfelden, Lörrach, Solothurn und Freiburg im Breisgau machen sehr gute Erfahrungen mit Fussgängerzonen.*

*Die Stadt Liestal hat mit der Eröffnung des Büchelzentrums sehr viele zusätzliche Parkplätze rund um die Innenstadt in Gehdistanz erhalten. Weitere Parkhäuser sind in Planung. Die Zeit ist deshalb nun reif dafür, die Realisierung einer umfassenden Fussgängerzone und die Planung der Aufwertung des Aussenraums im Stedtli in Angriff zu nehmen, um damit das Liestaler Stedtli endlich als ein modernes und zeitgemässes Einkaufszentrum zu positionieren.*

***Deshalb beauftrage ich den Stadtrat, eine Vorlage zur Einführung einer Fussgängerzone im Stadtkernbereich (innerhalb der Stadtmauern) auszuarbeiten.***

*Liestal, 28. April 2014*

*Peter Küng-Trüssel, SP-Fraktion*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Verschiedene Vorstösse und Fragen im Zusammenhang mit Parkplätzen, Verkehr usw. sind pendent und werden vom Stadtrat in einem umfassenden Bericht thematisiert, welcher zusammen mit der Firma Rudolf & Partner ausgearbeitet und im zweiten Semester 2014 dem Rat vorgelegt wird. Das Thema des Vorstosses ist vor einiger Zeit schon einmal sehr emotional behandelt worden und nun sollte nicht wieder ein neues Feuer entfacht werden. Bereits heute kann er sagen, dass beispielsweise auch von der Autobus AG usw. sehr interessante Vorschläge gemacht werden. Vor allem im Zentrum muss die Balance und Lösung zwischen dem motorisierten Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr gefunden werden. Die Motion ist im jetzigen Zeitpunkt falsch und deshalb wäre der Stadtrat froh, wenn diese nicht überwiesen würde.

Peter Küng (SP) hält als Motionär fest, dass er mit seinem Vorstoss verschiedene Interessen als Anwohner, als Einkäufer sowie Konsument und schlussendlich noch als Ladeninhaber vertrete. Als Fischmarkt-Anwohner wünscht er sich, die gleiche Situation wie im Kirchhof antreffen zu können, wo man sich nach draussen bewegen kann und nicht schon 50 cm vor der Haustüre ein parkiertes Auto steht. Im Stedtli wohnen sehr viele Leute, vermehrt auch viele Einzelpersonen in WG's, welche auch gute Steuerzahler sind. Er ist wohl nicht der einzige, der sein Feierabend-Bier in Ruhe draussen trinken und von einer massiv besseren Wohnqualität profitieren möchte. Im Moment werden wohl die meisten Liegenschaften im Stedtli von den Gewerbetreibenden und nicht von den Mietern finanziert, doch müsste betreffend dem Wohnungsangebot und den Mietpreisen bei einigen Eigentümern noch ein Umdenken stattfinden. Als Einkäufer und Konsument wünscht er sich wieder mehr Freiräume im Zentrum, einen Bauernmarkt mitten im Stedtli und weitere Begegnungsmöglichkeiten bei der Verichtung seiner Einkäufe. Bei den Einkäufen vom heutigen Morgen hatte er 11 Autos in der Rathausstrasse gezählt, teilweise sind es noch wesentlich mehr. So wäre es begrüssenswert, wenn sich beispielsweise das Restaurant Portofino und die Bäckerei/Konditorei Krattiger vermehrt nach draussen bewegen könnten, indem man wieder einen parkplatzfreien Platz schaffen würde, wie dies früher der Fall war. Vermutlich dürften bei einem verkehrsfreien Fischmarkt auch verschiedene leerstehende Ladenlokalitäten wieder als solche genutzt werden. Als Konsument möchte er zudem den Kurierdienst der Velostation empfehlen, welcher die Besorgungen nach Hause bringt. Und als Ladeninhaber muss er sagen, dass die Strategie mit zusätzlichen Parkplätzen und Gratisparkieren im Stedtli gescheitert ist und ihm dies nicht viel gebracht habe. Die von ihm verlangte Einführung einer Fussgängerzone in der Kernzone ist keine neue Idee und wurde in anderen Städten bereits erfolgreich umgesetzt. Liestal sollte seine Stärken noch vermehrt verbessern und stärken. Diesbezüglich möchte er den Weihnachtsmarkt als Beispiel aufführen, bei welchem man im Stedtli auch nicht parkieren kann und doch zählt man nie so viele Leute im Stedtli wie an diesem Anlass. Viele Kunden und Stedtlibesucher möchten nicht nur ihre Besorgungen machen, sondern auch etwas erleben. Mit der letzten Urnenabstimmung ist die Einführung der Gewerbe-Parkkarte beschlossen worden, und er hoffe schon, dass nicht alle ortsansässigen Gewerbetreibenden von diesem Gratisparkier-Angebot Gebrauch machen werden. Er bittet den Rat, der Überweisung seiner Motion an den Stadtrat zuzustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) gibt bekannt, dass sich seine Fraktion einstimmig gegen die Überweisung des Vorstosses aussprechen wird. Zwar laufen verschiedene Dinge nicht optimal, doch werden im Vorstoss einige Feststellungen sowie Behauptungen gemacht, die so nicht stimmen. So sind im Zentrum nicht immer mehr zusätzliche Parkplätze geschaffen, sondern vielmehr Parkplätze aufgehoben worden. Bessere Lösungen sollen angestrebt werden, doch zuallererst sollte nun die vom Stadtrat in Aussicht gestellte Vorlage abgewartet werden, bevor auf einem Nebengeleise wieder alle Verkehrsteilnehmer gegen einander ausgespielt werden. Viele Kunden und Stedtlibesucher würden bei der Einführung einer Begegnungszone nicht auf ihr Auto verzichten, sondern einfach das Stedtli meiden und anderswo einkaufen gehen. Wem nutzt ein Stedtli mit einer Begegnungszone etwas, wenn dieses schlussendlich gemieden wird? Liestal soll kein Museum werden, denn auch das vom Motionär in seinem Vorstoss erwähnte Rheinfeldchen ist tot. Basel kämpft bereits heute mit den paar wenigen Fussgängerzonen, welche bereits realisiert wurden usw. Der Fokus sollte in Liestal eher auf eine bessere Gestaltung der Rathausstrasse gelegt werden, welche doch ein Aushängeschild ist. Auch er ist in der Kernzone aufgewachsen und hatte immer einen Platz draussen gefunden, um sein Bier trinken zu können. Der Weg und die Strategie soll weiter verfolgt und die Motion nicht überwiesen werden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, dass wohl niemand ein Stedtli haben möchte, wie es im Fischmarkt der Fall ist, welcher mit Autos voll parkiert ist, aber bald keine Läden mehr besitzt. Das Einkaufen im Stedtli mit dem parkierten Auto in nächster Nähe funktioniert bereits heute nicht mehr und die Unternehmungen am Fischmarkt werden mit dem motorisierten Verkehr förmlich kaputt gemacht. Die Motion ist eine Vision und Alternative, welche auch

etappiert umgesetzt und realisiert werden könnte. Die KMU Liestal jammern seit Jahren, bieten aber nicht Hand für bereits diskutierte Lösungsvorschläge wie das Aufstellen von Barrieren zur Vermeidung des Suchverkehrs etc. Die Mittefraktion ist hin und her gerissen wegen der Motion und hat die Stimmfreigabe beschlossen.

Werner Fischer (FDP) legt dar, dass die FDP-Fraktion keine weiteren Behinderungen des motorisierten Verkehrs mehr unterstützen wird. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und man lässt sich diesbezüglich auch sehr ungern Vorschriften machen. Liestal verfügt über ein sehr heterogenes Gemisch an Läden und Gewerbe und man soll auch künftig schwere sowie grosse Einkäufe im Stedtli machen können. Auch möchte man auf die bereits gemachten negativen Erfahrungen in Basel hinsichtlich den Fussgängerzonen usw. hinweisen, denn dieselben Fehler soll nun nicht auch noch Liestal machen. Das Ziegelhof-Projekt erfährt Verzögerungen von mehreren Jahren und somit wird man auch nicht so schnell zu den zusätzlichen unterirdischen Parkplätzen kommen. Seine Fraktion spricht sich gegen die Überweisung der Motion aus und stellt den Antrag, dass über den Überweisungsantrag namentlich abgestimmt wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass wohl alle ein attraktives Stedtli wollen. Auch er ist der Meinung, dass die öffentlichen Parkplätze im Stedtli in der Vergangenheit massiv reduziert wurden. Auch ist es nicht so, dass man mit den Fussgängerzonen in anderen Städten nur gute Erfahrungen gemacht habe. Mit dem Ausschliessen der Autos ist das Problem nicht gelöst und ein mögliches Zusammengehen mit allen Verkehrsteilnehmern ist sicher mit der Lösung in Sissach bewiesen worden. In Liestal ist die Rathausstrasse seit über 30 Jahren autofrei und doch ist bezüglich deren Umgestaltung fast nichts gegangen. Obwohl die Rathausstrasse eigentlich eine Fussgängerzone ist, mussten in vergangener Zeit verschiedene Läden schliessen. Tendenziell ist es auch so, dass man dort seine Einkäufe tätigt, wo man im Parkhaus sein Auto abstellt und mit der Aufhebung der oberirdischen Parkplätze im Stedtli würde eine weitere Verlagerung in die Einkaufszentren stattfinden. Auch in Aussenquartieren müssen Anwohner bei Strassen mit Verkehr und parkierten Autos vor ihrem Haus leben. Auch muss bei Fussgängerzonen die Verkehrsregelung für Anwohner sowie Lieferanten usw. geregelt werden. Der Abbau von Parkplätzen wäre auch mit Einnahmenverlusten bei den Läden sowie Mindereinnahmen bei den Parkgebühren für die Stadt verbunden. Die Motion ist eine schöne Vision, doch fehlt das Geld für eine Umgestaltung und einige geplante Parkhäuser sind noch nicht vorhanden. Im jetzigen Zeitpunkt würde ein verkehrsfreies Stedtli mehr Schaden als Nutzen mit sich bringen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, dass sie einige Punkte der vorgängigen Voten unterstützen kann, hin und her gerissen ist und sich deshalb der Stimme enthalten wird.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass man die Ursachen und Wirkungen der verlangten Fussgängerzone nicht kenne und deshalb verschiedene Behauptungen nicht untermauert werden können. Das Problem ist doch, dass der Detailhandel in einem immer härter werdenden Wettbewerb steht, die Margen sinken und sich das Einkaufsverhalten so verändert, dass man immer mehr mit dem Auto bei möglichst kurzen Wegen einkaufen möchte. Er selbst wohnt auch im Stedtli und erledigt meist seine Einkäufe im Coop, da dieser am nächsten liegt. Auch liegen die Gründe für die Ladenschliessungen im Fischmarkt teilweise anders, als sie der Motionär vorgängig erwähnt hatte. Das Gewerbe von Liestal braucht im Moment wohl eher eine Rechtssicherheit im Zusammenhang mit den Parkplätzen und aus diesem Grund hat er auch das Postulat betreffend der Verkehrsordnung im Stedtli eingereicht.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass er sich vor rund 25 Jahren bei einem Nachdiplomstudium an der ETH Lausanne auch mit der Raum- und Städteentwicklung befasst hatte. Ein Dozent hatte auch Kleinstädte in Frankreich beraten und diesen auch Fussgängerzonen empfohlen. Schon damals gab es eine vehemente Opposition der Gewerbetreibenden. Dort, wo die Fussgängerzonen dann doch eingeführt wurden, wollte später auch das Gewerbe nicht mehr darauf verzichten. Auch in der Schweiz liegt das Problem beim Zugang in die In-

nenstädte immer wieder beim Verkehr und es gibt verhärtete Positionen. Fakt ist aber, dass selbst bei der Erreichung der Innenstädte mit dem Auto der Zustrom zu den Einkaufszentren auf der grünen Wiese keine wesentlichen Einschränkungen erfährt. Zentral sollten deshalb Parkhäuser rund um die Innenstadt geschaffen werden, was ja in Liestal auch der Fall ist. Das Problem betreffen den teuren Gebühren in den Parkhäusern muss vom Gewerbe und nicht von der Stadt gelöst werden. Die mitten im Stedtli parkierten Autos werden auch von Auswärtigen nachteilig wahrgenommen. Nur eine autobefreite Innenstadt schafft eine Ambiance, von welcher alle Beteiligten schlussendlich profitieren können. Untersuchungen betreffend dem Einkaufsverhalten zeigen auf, dass der ÖV-Benutzeranteil in sämtlichen Schweizer-Innenstädten konstant zunimmt. Es braucht heute auch keine Mono-einkaufszentren mehr, sondern eine Mischung zwischen Einkaufen, Erlebnis, Gastronomie, Events, Begegnungsmöglichkeiten usw. und genau diese Vorteile könnte Liestal nutzen. Es gibt eine örtliche und auch zeitliche Erreichbarkeit. In diesem Zusammenhang könnte es in Liestal noch besser sein, denn man kann beispielsweise nur gerade bei einer örtlichen Bäckerei sonntags Gipfeli einkaufen. Die Probleme der Detaillisten können nicht alleine mit der Erreichbarkeit gelöst werden und deshalb wird er auch der Überweisung der Motion an den Stadtrat zustimmen.

Diego Stoll (SP) bemerkt, dass er sich wohl als einziges SP-Fraktionsmitglied gegen die Motion aussprechen wird. In der Vergangenheit hatte er sich für eine Aufhebung der Parkplätze auf dem Zeughausplatz ausgesprochen, sobald der QP bzw. Coop Ziegelhof realisiert wird. Natürlich wäre es schön, wenn man zusammen mit dem Einkaufen auch ein gewisses Erlebnis schaffen könnte, doch braucht es auch eine Alternative für die automobilisierte Kundschaft in Gehdistanz. Heute steht dafür nur gerade das Manor-Parkhaus zur Verfügung, welches aber zu teuer ist. Mit dem überfraktionellen Vorstoss betreffend dem Bücheliplatz wurde unter anderem verlangt, dass die Zufahrt zu den Geschäften gewährleistet bleibt. Im Zusammenhang mit der Parkierreglement-Revision hatten es die bürgerlichen Parteien geschafft, dass ein Gratis-Parkieren im Stedtli nach wie vor möglich ist. Mit dem nun vorliegenden neuen Vorstoss geht der Motionär nun doch mit der Holzhammer-Methode vor und dies dürfte nach seinem Dafürhalten im Moment auch nicht die richtige Lösung sein, denn ein verkehrsfreies Stedtli macht nur dann Sinn, wenn auch all die geplanten Parkhäuser realisiert sind bzw. genutzt werden können. Er kann die Aussage des Motionärs unterstützen, dass Einkaufen und Konsumieren viel mit Emotionalität zu tun hat usw. Dies dürfte aber nicht mehr realistisch werden, da einige Geschäfte wegen Umsatzrückgängen bei einem verkehrsfreien Stedtli sowie mangelnden Parkiermöglichkeiten schon vorher schliessen müssten. Er habe grosse Angst davor, dass man bei einer Umsetzung der Motion schlussendlich gar nichts mehr haben wird. Zuerst sollte man nun doch das stadträtliche Verkehrskonzept prüfen, welches dem Rat in Kürze zugestellt wird und dieses dann gegebenenfalls schrittweise umsetzen, wobei man die Motion von Peter Küng durchaus im Hinterkopf behalten und gegebenenfalls in einem späteren Zeitpunkt umsetzen könnte. Grundsätzlich findet er die Idee der Motion gut, doch kann er dieser im heutigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass der Motionär mit seinem Vorstoss das Pferd am Schwanz zuerst aufzäumen möchte, doch alle hier im Saal wissen, dass dies nicht geht. Wie vom Vorredner gesagt wurde, muss die Attraktivität des Stedtli zuerst noch geschaffen bzw. verbessert werden, bevor man sich konkreter mit solchen Visionen befasst. Die Rathausstrasse muss attraktiver werden, bevor man diese verkehrsfrei macht, was beispielsweise Sursee bereits erfolgreich mit seiner Innenstadt getan hat. Er würde es auch begrüßen, wenn man sich bei der anschliessenden Abstimmung nicht enthalten, sondern klar Position beziehen würde.

Beat Gränicher (SVP) dankt all denjenigen Ratsmitgliedern, welche bei ihm einkaufen und somit auch einen Bestandteil seines Lohnes bezahlen. Er zudem auch auf einige gute Kunden aus Liestal und der Umgebung zählen, welche bei ihm mit dem Auto Grosseinkäufe tätigen. Auch er macht beliebt, dass man nun zuerst das neue Verkehrskonzept prüft, bevor man sich mit dem Begehren der vorliegenden Motion befasst. Auch kann er bezüglich den



Kundenzahlen in der Rathausstrasse sagen, dass die Kundenfrequenz vom Montag bis am Samstag praktisch immer gleich ist, doch ist diese bei den Einkaufszentren am Freitag und Samstag etwas höher. Das vorschriftswidrige längere parkieren von Autos im Stedtli ist auch nach der kürzlich beschlossenen Reglementsrevision nicht besser geworden und vermutlich würde sich die Anstellung einer Arbeitskraft für die Parkkontrollen mit den Gebühreneinnahmen auch selbst finanzieren. Bei den Öffnungszeiten sind sich die Geschäfte leider auch uneinig und so schliessen einige Läden am Freitagabend und Samstagnachmittag doch recht früh, was ebenfalls zu Gunsten eines besseren Einkaufserlebnisses geändert werden sollte. Es gibt noch einiges zu tun und deshalb sollte man im heutigen Zeitpunkt die Motion auch nicht an den Stadtrat überweisen.

Patrick Mägli (SP) führt aus, dass er das Votum von Rolf Gutzwiller unterstützen könne, denn Liestal kann im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit nicht mit den Einkaufszentren konkurrenzieren, weshalb man für die Besucher und Kundschaft auf eine andere Art attraktiver werden muss. Dies wäre mit einer Fussgängerzone sicher möglich und so sollte die Motion auch an den Stadtrat überwiesen werden.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf das Votum des Motionärs und stellt fest, dass ein Dauerparkieren auch mit den neuen Gewerbeparkkarten nicht möglich sein wird, doch auch dies müsste mit Verkehrskontrollen rigoros kontrolliert und gegebenenfalls geahndet werden.

Peter Küng (SP) möchte als Motionär zu einigen vorgängigen Aussagen doch noch eine Antwort geben. Der Zeitpunkt für einen Vorstoss im Zusammenhang mit der Einführung von Fussgängerzonen dürfte heute und auch künftig immer falsch sein. Ein weiteres Zuwarten und die Weiterverfolgung der bisherigen Strategie ist aber der falsche Weg. Auch hält er an seiner Aussage fest, dass in den letzten Jahren mehr neue Parkplätze erstellt worden sind, als aufgehoben wurden. Von den früheren Zusagen des Stadtrates und des Einwohnerrates, dass man nach der Realisierung des Manor-Parkhauses die oberirdischen Parkplätze im Stedtli reduzieren wird, will man heute schon nichts mehr wissen. Und da diese nach wie vor zur Verfügung stehen, erstaunt es wohl auch nicht, dass das Manor-Parkhaus durchschnittlich nur zu 1/3 belegt ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass der obere Teil der Kanonengasse für viel Geld fussgängerfreundlich gestaltet wurde und trotz nahe gelegenen Parkhäusern vermisst man dort die Fussgänger und muss ein Lädelerben zur Kenntnis nehmen. Mit der Überweisung der Motion würde ein weiterer Schritt zu einem toten Stedtli gemacht.

Matthias Zimmermann (SP) meint, dass mit der Überweisung des Vorstosses nicht zugleich auch ein autofreies Stedtli beschlossen und etwas kaputt gemacht wird. Erst nach Vorliegen der stadträtlichen Antwort und Vorlage kann über verkehrspolizeiliche Massnahmen im Stedtli diskutiert und entschieden werden. Es spricht deshalb eigentlich nichts dagegen, heute die Motion an den Stadtrat zu überweisen.

Corinne Ruesch (GL) macht dem Motionär beliebt, dass dieser seinen Vorstoss in ein Postulat umwandelt.

Peter Küng (SP) hält fest, dass er von diesem Vorschlag nicht viel hält, denn eine Motion ist sicher verbindlicher als ein Postulat, welches nach Jahren mit diversen Stadtratsberichten schlussendlich nichts bringt. Auch würde eine Umwandlung seines Vorstosses am Abstimmungsverhalten nicht viel ändern.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und nun mit einer namentlichen Abstimmung über die Überweisung der Motion abgestimmt werden kann.

*Namentliche Abstimmung betreffend Überweisung der Motion Nr. 2014/124 an den Stadtrat:*

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Ambühl Georg		x	
Augstburger Elisabeth			x
Baumgartner Verena	x		
Eisenring Fabian	x		
Eugster Thomas		x	
Fischer Werner		x	
Fraefel Stefan		x	
Franke Meret	x		
Gränicher Beat		x	
Gutzwiller Rolf	x		
Holinger Jürg	x		
Hügli Corinne	x		
Imsand Bruno		x	
Jeitziner Karin		x	
Kaufmann Lisette	x		
Küng Peter	x		
Leimgruber Walter	x		
Lerf Heinz		x	
Mägli Patrick	x		
Meschberger Dominique	x		
Meyer Denise		x	
Meyer Hanspeter		x	
Meyer Markus		x	
Porchet Pascal		x	
Quensel Marianne	x		
Rudin Markus		x	
Ruesch Corinne	x		
Schafroth Gerhard	x		
Schafroth Hans-Rudolf		x	
Schäublin Max		x	
Spinnler Daniel		x	
Steinger Pia	x		
Stoll Diego		x	
Stoll Hanspeter	x		
Sutter Sabine		x	
Wunderlin Vreni		x	
Wyss Claudio	x		
Zimmermann Matthias	x		
Zumsteg Hanspeter	x		

Vizepräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass in der namentlichen Abstimmung mit 20 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung die Motion Nr. 2014/24 an den Stadtrat überwiesen wurde.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt den Ordnungsantrag, dass die namentliche Abstimmung wiederholt wird, da die Zahlen nicht stimmen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass der Rat der Wiederholung der namentlichen Abstimmung gemäss Ordnungsantrag grossmehrheitlich zustimmt.

*Wiederholung der namentlichen Abstimmung betreffend Überweisung der Motion Nr. 2014/124 an den Stadtrat:*

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Ambühl Georg		x	
Augstburger Elisabeth			X
Baumgartner Verena	x		
Eisenring Fabian	x		
Eugster Thomas		x	
Fischer Werner		x	
Fraefel Stefan		x	
Franke Meret	x		
Gränicher Beat		x	
Gutzwiller Rolf	x		
Holinger Jürg	x		
Hügli Corinne	x		
Imsand Bruno		x	
Jeitziner Karin		x	
Kaufmann Lisette	x		
Küng Peter	x		
Leimgruber Walter	x		
Lerf Heinz		x	
Mägli Patrick	x		
Meschberger Dominique	x		
Meyer Denise		x	
Meyer Hanspeter		x	
Meyer Markus		x	
Porchet Pascal		x	
Quensel Marianne	x		
Rudin Markus		x	
Ruesch Corinne	x		
Schafroth Gerhard	x		
Schafroth Hans-Rudolf		x	
Schäublin Max		x	
Spinnler Daniel		x	
Steinger Pia	x		
Stoll Diego		x	
Stoll Hanspeter	x		
Sutter Sabine		x	
Wunderlin Vreni		x	
Wyss Claudio	x		
Zimmermann Matthias	x		
Zumsteg Hanspeter	x		

Vizepräsident Heinz Lerf (FDP) gibt bekannt, dass sich in der zweiten namentlichen Abstimmung bei 1 Enthaltung mit 19 Mitglieder für die Motionsüberweisung und 19 Ratsmitglieder gegen die Überweisung der Motion ausgesprochen hatten, weshalb vom Ratspräsidenten der Stichentscheid zu fällen ist.

://: Mit Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten wird die Motion Nr. 2014/124 an den Stadtrat überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass sich nun diejenigen Ratsmitglieder melden können, welche gemäss § 44 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes ihre neuen Vorstösse mündlich begründen möchten.

Er kann feststellen, dass diesbezüglich keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann